



MdB Astrid Grotelüschchen

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74608

Fax: +49 30 227-76608

E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de

Pressemitteilung

28. Januar 2018

Grotelüschchen: Erhöhung der Betreuervergütung jetzt auf gutem Weg

„Die Erhöhung ist überfällig, die vorgesehenen 17 Prozent werden mehr als dringend gebraucht“ so die hiesige Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschchen (CDU) über den vom Bundesjustizministerium jetzt vorgelegten Referentenentwurf für ein Gesetz zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung. Nach langen Verhandlungen konnte zwischen Bund und Ländern am vergangenen Freitag eine Einigung erzielt werden. Ein erster Versuch der Erhöhung, mit damals 15 Prozent, war in der vergangenen Legislaturperiode zwar im Bundestag beschlossen worden, aber im Bundesrat versandet.

Deshalb hatte Grotelüschchen, mit ihrer erneuten Direktwahl in den Bundestag 2017, den Faden sofort wieder aufgenommen, immer im engen Austausch mit den Betreuungsvereinen, u.a. mit Geschäftsführer Egbert Ahlrichs und seinem Team im Landkreis Oldenburg: „Für die Vereine ist es schon lange ‚fünf vor zwölf‘, ohne Erhöhung geht auch mit Mischkalkulation nichts mehr. Für viele Menschen mit Hilfebedarf, vom Demenzerkrankten bis zum verschuldeten Jugendlichen, geben Betreuer Sicherheit mit einem Maximum an Selbstbestimmung. Eine verantwortungsvolle Aufgabe, die in den vergangenen Jahren erheblich an Komplexität gewonnen hat. Hinzu kommen neben steigenden Fallzahlen gerade in unseren ländlichen Regionen oft weite Wege bei ohnehin knappen Zeitrahmen, die die haupt- und ehrenamtliche Betreuer und Vereine an ihre persönliche und finanzielle Belastungsgrenze bringen.“

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, sei nun Ziel, in einem ersten Schritt die Erhöhung der Vergütung zügig umzusetzen und dann intensiv an der Verbesserung von Qualität und Struktur der rechtlichen Betreuung zu arbeiten. Für ihre mittlerweile über fünfjährige Arbeit an diesem Thema hofft Astrid Grotelüschchen jetzt: „Der Knoten muss endlich platzen. Wir werden im Bundestag zügig das Gesetz auf den Weg bringen. Nichtsdestotrotz müssen die Bundesländer, auch Niedersachsen, ihrer Verantwortung gerecht werden und auch umsetzen, alles andere kann ich den Betroffenen nicht mehr erklären.“